

läuterte machstrukturell-institutionalistische Ansatz nicht die einzige Erklärung institutioneller Prozesse. Vielmehr sind institutionelle Entwicklungen das Ergebnis einer Vielzahl unterschiedlicher, einzelsituativ-spezifischer Faktoren, wobei aus institutionenökonomischer Sicht eine Prüfung der Rückwirkungen institutioneller Arrangements auf die Verhandlungspositionen der beteiligten Verhandlungspartner in demselben und unterschiedlichen Politikfeldern besonders reizvoll erscheint. Zweitens stellt die empirische Betrachtung eine Momentaufnahme zwischenstaatlicher Verhandlungen im vergangenen Jahrzehnt dar. Veränderungen der Rahmenbedingungen - bspw. der Bewertung globaler Umweltschäden, der Verursacherstruktur angesichts neuen Wissens und demographischer Entwicklungen sowie der ökonomischen Handlungspotentiale aufgrund neuer regionaler Wirtschaftszentren - haben bereits eingesetzt und stellen die Bereitschaft der Industrieländer zu Konzessionen zugunsten der Entwicklungsländer in Frage. Bislang konnten die Industrieländer globale Umweltvereinbarungen noch als Entscheidungen mit vergleichsweise überschaubaren Kosten ansehen, der tatsächliche zukünftige Bedarf an finanziellen Mitteln zum Schutz globaler Umweltgüter wird hingegen als beträchtlich höher eingeschätzt. Darüber hinaus kann der Blick auf die Verhandlungen zwischen einzelstaatlichen Regierungen nicht die gewachsene Bedeutung privater Arrangements für die globale Umwelt ausblenden. Die Auswirkungen des Einflusses globalisierter Märkte, einer vernetzten Wissensgesellschaft mit neuen Anforderungen an das Humankapital und zivilgesellschaftlicher Arrangements auf die institutionellen Kapazitäten, Betroffenheiten und Verhandlungsstrategien im Rahmen der internationalen Umweltpolitik werden erst zeigen, wie die Macht über Entscheidungen der globalen Umweltpolitik verteilt ist und zukünftig sein wird. Es ist das Verdienst dieser Studie, Orientierungslinien für eine zukünftige Analyse dieser Fragen skizziert zu haben.

Dr. Rüdiger Wink

Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und
Strukturpolitik (RUFIS e. V.), Bochum

BONUS, Holger (Hrsg.): Umweltzertifikate. Der steinige Weg zur Marktwirtschaft. Berlin: Analytica Verlagsgesellschaft 1998. (= ZAU Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Sonderheft 9/1998). 248 S. DM 74,00. ISBN 3-929342-46-4

Wie niemand sonst vertritt Holger BONUS den Gedanken der umweltpolitischen Mengensteuerung im deutschen Sprachraum mit Eloquenz und Engagement, und zwar seit den siebziger Jahren. Der Band positioniert zum ersten Mal das Thema Zertifikate im Umweltschutz als eigenständiges Thema. Die vorliegende Aufsatzsammlung bietet all jene Argumente, die in der Diskussion der letzten zwanzig Jahre aufgebracht worden sind, um die Steine auf dem Weg zu einer marktwirtschaftlichen Umweltpolitik wegzuräumen. Ohne die US-amerikanischen Implementationserfolge, die im Beitrag von TIETENBERG dargestellt sind und auf die einige andere Beiträge (vor allem FROMM/HANS-JÜRGENS, S. 150 ff.) zu Recht rekurren, wäre diese Veröffentlichung eine ziemlich theoretische Übung geblieben. Weshalb ist die deutsche Umweltpolitik gegenüber handelbaren Rechten so ignorant? Diese Frage zieht sich wie ein roter Faden durch die einzelnen Beiträge. Er wird im Folgenden kritisch aufgenommen.

Auffallend ist zunächst, dass sich zu den alten Klagen über die Dominanz des Ordnungsrechts eine bisweilen tiefe Skepsis über die Chancen von Zertifikatlösungen gesellt. So konstatieren BONUS und HÄDER „erhebliche Widerstände mächtiger Organisationen“ (S. 44). Auch GREVE, NIEBAUM und WEILAND weisen auf mangelnde Akzeptanz und Widerstand der betroffenen Wirtschaftskreise hin (S. 208). Hinweise, die augenscheinlich gut zusammenpassen mit WEIMANNs Wahrnehmung, dass „UmweltökonomInnen allerlei Mühe darauf verwendet haben, Schwachstellen der Zertifikatidee aufzudecken“ (S. 62). REHBINDER, der zu den seltenen Verfechtern dieses Instruments unter den Juristen zählt, konstatiert, dass das „Schutzprinzip eine prinzipiell unüberwindbare Barriere für die Einführung ökonomischer Instrumente darstellt“ (S. 71). CANSIER stellt lapidar fest, „am Ende der Bewertungsskala für Wirtschaft und Regierung werden - ... - Systeme der Versteigerung von Zertifikaten stehen“ (S. 111). Das „Potential für einen ‚großen Wurf‘ bei einzelnen Umweltproblemen“ (S. 149) sieht auch KLEPPER nicht und erwartet für die Zukunft eher einen Mix von Instrumenten. Mit Blick auf deutsche und europäische Abgabelösungen halten es FROMM

und HANSJÜRGENS für fraglich, ob sich dieses Instrument hierzulande durchsetzt (S. 165). Und in dem zusammenfassenden Beitrag von BONUS und NIEBAUM wird die Prognose gewagt, der „Pfadwechsel“ hin zu marktwirtschaftlichen Lösungen werde „wahrscheinlich erst sehr spät beschritten“ (S. 225). Im explizit auf die Akzeptanzprobleme von Zertifikaten eingehenden Beitrag von GAWEL wird schließlich die „tröstliche Erkenntnis“ festgehalten, dass „der Akzeptanzgrad von Zertifikaten ... keine unveränderliche Größe darstellt“ (S. 133).

Solche Einschätzungen sind für sich genommen bereits Gründe dafür, dass das politisch-administrative System nach wie vor auf Distanz zu Zertifikaten ist. Diese Art von self-fulfilling prophecies ist aber noch nicht alles. Ins wissenschaftliche und politische Abseits bringen manche die Mengenlösung vollends dadurch, dass sie mit schlichten Erkenntnissen der Neuen Politischen Ökonomie kokettieren und das „Walten von Eigeninteressen und Ideologie“ (GAWEL, S. 134) auch bei den Protagonisten von Zertifikaten unterstellen. Wenn dann noch eine „Mitverantwortung der ökonomischen Theorie“ für die geringe Akzeptanz von Zertifikaten postuliert und die Aufdeckung von „verborgenen Werthaltungen“ (GAWEL, S. 134) gefordert wird, dann läuft das nach Ansicht des Rezensenten darauf hinaus, dass die Wissenschaft sich selbst Steine in den Weg legt.

Ein weiteres kontraproduktives Moment kommt hinzu. Die Diskussion von Zertifikatelösungen wird überfrachtet mit all jenen Problemen, denen die Umweltpolitik ganz allgemein ausgesetzt ist. Ein Beispiel dafür betrifft die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Umweltpolitik. So erklärt CANSIER in seinem Beitrag den Vorteil des Grandfathering damit, dass die Kostenbelastung der Industrie „auf das Nötigste“ begrenzt wird und es deshalb „seltener zu gesamtwirtschaftlichen Störungen“ kommt (S. 103). Die unkritische Bestätigung dieses Arguments der Wirtschaft durch die Wissenschaft gehört zu jenen Akzeptanzproblemen, welche unsere Disziplin zuallererst überwinden müsste. Letztlich werden dadurch Zertifikate diskriminiert, die Auflagenpolitik gestärkt und Selbstverpflichtungen besonders attraktiv gemacht.

Generell sollte die Frage der Wahl und Ausgestaltung von umweltpolitischen Instrumenten nicht von vordergründigen Kostenbelastungen und makroökonomischen Überlegungen abhängig gemacht werden. Das Referenzmodell muss vielmehr auch hier die aus der Marktlogik folgende Preissteuerung sein. Diese entfaltet ihre optimierende Kraft erst dann, wenn die jeweilige Umweltbelastung oder Ressourcennutzung durchgängig bepreist wird. Nur dadurch werden insgesamt, bei Produzenten wie bei Konsumenten, Anpassungsprozesse generiert und zugleich deren Kosten für die Gesamtwirtschaft minimiert. Das beliebte Argument, wonach der Staat zusätzliche Einnahmen, sei es aus Abgaben oder Zertifikatsverkäufen, für weniger nützliche Zwecke verwendet als die Privaten (CANSIER, S. 104), entspricht zwar allgemeinen neoliberalen Vorstellungen, aber es gehört weder in eine theoretische Instrumentendiskussion noch ist es a priori gültig (vgl. die Einnahmeverwendung aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen). Vor allem: Statt deswegen suboptimale Instrumente zu propagieren, sollte die Wissenschaft darauf pochen, dass zusätzliche Einnahmen haushaltspolitisch neutralisiert werden. Die Protagonisten der Ökosteuer haben dies jedenfalls versucht, während die Vertreter von Zertifikatelösungen hier leider Fehlzanzeige vermelden müssen. Das scheint nicht zuletzt auch daran zu liegen, dass das Grandfathering als *das* Charakteristikum von Zertifikaten verstanden wird. WEIMANN sieht den „Reiz“ der Zertifikatelösung gerade darin, dass sie „kein Steueraufkommen schafft“ (S. 68). Ähnlich äußern sich beispielsweise auch ZIMMERMANN und HANSJÜRGENS (S. 60).

Ogleich über weite Strecken die Allokationslogik von Zertifikaten kaum davon abhängt, ob diese per Grandfathering oder Auktion (verbunden mit öffentlichen Einnahmen) verteilt werden, wäre es für die Diskussion von Mengenlösungen von Anfang an hilfreich gewesen, wenn bereits begrifflich eine klare Unterscheidung eingeführt worden wäre. Im deutschen Sprachraum bieten sich dafür die Begriffe Lizenz (Auktionsverfahren) und Zertifikat (Grandfathering) unmittelbar an. Jedenfalls wäre das eine für den wissenschaftlichen und politischen Diskurs „transaktionskostensenkende“ Übereinkunft. Im vorliegenden Band werden die Termini Zertifikate und Lizenzen (noch) als Synonyme verwendet.

Zum festen Set von selbstgebauten Restriktionen für den Einsatz von Zertifikaten/Lizenzen gehört auch, dass bei hot spot-Problemen „Auflagenlösungen manchmal die einzige umweltpolitische Option“ seien (BONUS/NIEBAUM, S. 228, vgl. auch GREVE/NIEBAUM/WEILAND, S. 196 u. durchaus naheliegend beim Thema „räumliche Dimension“: KARL, S. 83, 91, 93, 95). Solche Statements sind deshalb problematisch, weil sie als wohlfeile politische Hebel gegen innovative marktökonomische

Instrumente missbraucht werden. Selbstverständlich sind Fälle konstruierbar, in denen jegliche Art der Ökonomisierung schon vom Ansatz her abwegig ist. Aber in der praktischen Umweltpolitik ist a priori nicht eindeutig, was unter das Vorsorge- und was unter das Schutzprinzip fällt. Außerdem muss am konkreten Fall geprüft und entschieden werden, inwieweit das Ordnungsrecht auch im Vollzug dem Schutzprinzip gerecht wird. Zudem läuft auch das Schutzprinzip gewissermaßen auf der Zeitachse und wird, schon wegen der allgegenwärtigen naturwissenschaftlich-medizinischen Grenzwertproblematik, von den üblichen ökonomischen oder ökonomistischen Argumenten beeinflusst. Wenn daher in der praktischen Politik der Übergang vom Vorsorge- zum Schutzprinzip durchaus fließend und politischen Bewertungen ausgesetzt ist, dann ist von vornherein nicht eindeutig, ob etwa das Produktionsverbot eines Schadstoffes oder die Lösung eines hot spot-Problems durch Ordnungsrecht schneller erreicht werden kann als durch handelbare Rechte, deren Menge unmissverständlich auf Null gebracht wird. Im Ergebnis ist zwischen beiden Verfahren ohnehin dann kein Unterschied mehr, wenn das Verbot greift oder der Preis unendlich ist.¹

Zu den notwendigen Bedingungen für Mengenlösungen gehört nach allgemeiner Auffassung auch, dass hinreichend viele Verursacher betroffen sind. Auch das ist in so allgemeiner Form eine kontraproduktive Restriktion. Schließlich kann, und das wird in dem Band mehrfach betont, das Instrument in praktisch jedem Einzelfall so ausgestaltet werden, dass es im Zweifel schon ab zwei Verursachern Vorteile gegenüber anderen Instrumenten aufweist. Ein aktuelles Beispiel für eine sehr geringe Anzahl von Beteiligten ist das im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Kernkraft diskutierte Verfahren. WEIMANN ist voll zuzustimmen: „Insgesamt erscheint ... die Vorstellung, dass durch die Einführung eines Zertifikatemarktes ernsthafte Wettbewerbsbeschränkungen entstehen könnten, selbst für den Fall eines dünnen und lokal begrenzten Zertifikatemarktes eher abwegig.“ (S. 66) Auch ZIMMERMANN und HANSJÜRGENS stellen zu Recht fest, dass das Wettbewerbsproblem auf dünnen Märkten „oft übertrieben dargestellt“ wird (S. 51). Gleichwohl kann man bei dieser Debatte den Eindruck haben, dass der Wettbewerbsaspekt zuweilen die umweltpolitische Zielsetzung in den Hintergrund drängt. Auch Zertifikatemarkte, die von idealtypischen wettbewerblichen Wirkungen weit entfernt sind, tragen schließlich dazu bei, dass grundsätzlich falsche Preisrelationen auf den Faktor- und Endproduktmärkten korrigiert werden. Insofern und besonders noch mit Blick auf einzulanlagenbezogene Interventionen sollten wettbewerbliche Fragen nicht zu selbsterzeugten Hindernissen hochstilisiert werden.

Eine weitere, die Akzeptanz nicht gerade befördernde Diskussion muss mit ins Bild, nämlich die wissenschaftlich korrekte, aber im Ergebnis kontraproduktive Tendenz, einzelne Vorschläge für mögliche Einsatzfelder in Hinblick auf alle denkbaren theoretischen und praktischen Einwände abzuklopfen. Hier übernimmt die Wissenschaft vielfach selbst die Rolle der administrativen Bedenkenträger. Dabei wird unter Missachtung eines alten Prinzips der Wirtschaftspolitik vom Zertifikateinstrument eine multiple Zielerreichungskompetenz verlangt, um es dann als zu optimistisch zu verwerfen (KLEPPER, S. 148). Das fast zwingende Ergebnis solcher Anspruchsnormen sind verstümmelte Zertifikatemodelle, die mit dem Begriff policy mix nur unzulänglich rationalisiert werden. Auch der Einsatz des „Zertifikats“ Geld ist schließlich mannigfachen Restriktionen unterworfen, ohne dass jemand auf die Idee käme, Geldpolitik als „ordnungsrechtlich verschmutzt“ zu bezeichnen oder von policy mix zu reden. Der policy mix-approach verwischt die Zuständigkeiten und schiebt die gesamte Beweislast auf die Vertreter der Zertifikatelösung. Schritte in Richtung einer Theorie der Umweltpolitik verlangen dagegen, auf der Basis eines wohldefiniertes Zieles (ZIMMERMANN/HANSJÜRGENS, S. 48) die Arbeitsteilung zwischen den Instrumenten, also die Lösung des umweltpolitischen assignment Problems, ins Visier zu nehmen.

Wie wenig sich die Protagonisten von Zertifikaten vom überkommenen ordnungsrechtlichen Ansatz emanzipiert haben, zeigt die Tendenz zu emissionsseitigen Ansatzpunkten. Ein Beispiel dafür liefert CANSIER, wenn er feststellt: „CO₂-Zertifikate sollten sinnvollerweise bei den Emittenten ansetzen (S. 109).“ Das ist gerade bei CO₂ nun besonders wenig sinnvoll, da hier end of pipe „alles

1 Immerhin hat Bothe in dem von mir im BMWi initiierten Gutachten „Rechtliche Voraussetzungen für den Einsatz von handelbaren Emissionszertifikaten am Beispiel von SO₂“ (Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Jg. 14 (1995), S. 937-943) dem Vorsorgeprinzip manches von seiner Blockadewirkung genommen. Jetzt sollte es darum gehen, auch das Schutzprinzip als juristisches Konstrukt für flexible und ökologisch sichere Instrumente zugänglich zu machen.

gelaufen“ ist und zwischen Input und Emission ein linearer Zusammenhang besteht. Warum sollte man Emissionen an jeder einzelnen Feuerstelle messen, wenn diese Daten bereits durch die Tonnen der Inputs bekannt sind? Hier das Problem bei einer massiven Monopolförderung und bei Absatzkontingentierung zu sehen (S. 109, Fußnote 22) kann nur bedeuten, bei anderen Instrumenten mehr Flexibilität im Sinne von umweltpolitischen Zielverzichten zu erwarten.² In Bezug auf die Steuerungsrationaltät ganz ähnlich liegt der Fall bei VOC (Lösemittel). Auch hier gibt es von wenigen großtechnischen Anlagen abgesehen keine wirtschaftlich vertretbare Möglichkeit, den Schadstoff end of pipe zu neutralisieren. Zudem ist dieser Schadstoff kein Nebenprodukt bestimmter Produktionsverfahren, sondern selbst Gegenstand industrieller Produktion. Es kann daher nur als absurd bezeichnet werden, wenn jetzt mit Brüsseler Richtlinien und einer nach oben offenen Zahl von Verordnungen den unüberschaubaren Emissionsquellen hinterher gelaufen wird, statt unmittelbar die Produktion von Lösemitteln via Zertifikate zu steuern.³

Am Beispiel der VOC-Politik lässt sich ein weiterer Grund für die geringe praktische Bedeutung von Mengenlösungen demonstrieren. Die Umweltökonominnen an Universitäten und Forschungsinstituten sind in einem erstaunlichen Maße ignorant gegenüber aktuellen Diskussionen auf nationaler und europäischer Ebene. Sie sind gewissermaßen systematisch im zeitlichen Nachlauf gegenüber den im politisch-administrativen System ablaufenden Entscheidungsprozessen. So wurde das VOC-Problem schon seit 1992 von der EU-Kommission mit der betroffenen Wirtschaft und Experten der nationalen Regierungen diskutiert. Dabei stand der emissionsseitige Ansatz von vornherein im Mittelpunkt der Überlegungen. Und obwohl es in diesem Politikfeld keine ordnungsrechtliche Vorprägung gab und deshalb die Voraussetzungen für Zertifikate besonders günstig waren,⁴ haben sich die Verfechter von Mengenlösungen seitens der Wissenschaft nicht zu Wort gemeldet. Inzwischen hat auch hier das Ordnungsrecht den Sieg davon getragen. Dieser Fall zeigt exemplarisch, dass der Wissenschaftsbetrieb wegen seiner selbstverschuldeten Politikferne⁵ nicht in der Lage ist, sich gegen den ordnungsrechtlichen Mainstream durchzusetzen. Die Chance, „für den erstmaligen Einsatz von Umweltzertifikaten neue umweltpolitische Regelungsbereiche“ (BONUS/NIEBAUM, S. 234) überhaupt zu entdecken und auszuwählen, verringert sich deshalb von Tag zu Tag.

Statt die teilweise von der Wissenschaft selbst produzierten Akzeptanzprobleme vor und zurück zu wälzen, könnte auch daran gedacht werden, akzeptanzfördernde Momente herauszuarbeiten. Diese finden sich dann in großer Zahl, wenn beispielsweise zu entscheiden ist, an welcher Stelle des ökonomischen Prozesses umweltpolitisch angesetzt werden soll. JUNKERNHEINRICH geht in seinem Beitrag zur Verkehrspolitik explizit darauf ein (S. 213 f.). An den dort aufgelisteten Ansatzpunkten kann demonstriert werden, dass zwischen der Zielformulierung und den potenziellen Instrumenten ein enger Zusammenhang besteht. Solange sich die Protagonisten von Zertifikaten den Zielvorstellungen der Ordnungsrechtler kritiklos unterwerfen, sehen sie sich von vornherein einem schwierigen Problem gegenüber. Das gilt im Übrigen vice versa in völlig gleicher Weise. Man kann eben das, was die einzelanlagenbezogene Auflagenpolitik leistet oder zu leisten vorgibt, niemals in gleicher Weise mit Zertifikaten/Lizenzen erreichen. Deshalb ist es unerlässlich, umweltpolitische

- 2 Zum Thema CO₂-Zertifikate ist anzumerken, dass das sogenannte Kieler Modell (ENDRES/SCHWARZE, S. 176 f.) von Wolfram Klamm und mir entwickelt worden ist. Wer den Zwischenbericht der Kieler an das Bundesministerium für Wirtschaft kennt, weiß, welcher Überzeugungsarbeit es seitens der Auftraggeber dieser Studie bedurft hat, um die Autoren vom komplexen Emissionsansatz abzubringen. Vgl. dazu meine Studie: Kohlendioxid-Politik mit handelbaren Emissionsrechten. Berlin 1991. (= UBA-Texte, 20/91); sowie meine Aufsätze zur Kohlendioxid-Politik in Maier-Rigaud, G.: Umweltpolitik mit Mengen und Märkten. Lizenzen als konstituierendes Element einer ökologischen Marktwirtschaft. Marburg 1994, S. 75-121.
- 3 Vgl. dazu die Analyse: Europäische VOC-Politik mit Lizenzen. In: Maier-Rigaud, G.: Schritte zur ökologischen Marktwirtschaft, a. a. O., S. 253-275.
- 4 Die Tatsache, dass beispielsweise in der Schweiz längst an steuerlichen Lösungen (Abgabe auf Importe von Lösemitteln) gearbeitet wurde, war der Kommission bis 1996 nicht einmal bekannt.
- 5 Darüber hinaus ist aber auch zu konstatieren, dass der Informationsaustausch innerhalb der Wissenschaft unzulänglich funktioniert. So sucht man vergeblich nach der Rezeption eines schon 1996 freigegebenen Forschungsauftrags des BMWi an das ZEW. Diese für die SO₂-Politik wichtige und wegen ihres Praxisbezugs exemplarische Studie wurde bereits damals in Brüssel vorgestellt und ist seit 1998 auf dem Büchermarkt. Vgl. Koschel/Brockmann/Schmidt/Stronzik/Bergmann: Handelbare SO₂-Zertifikate für Europa. Heidelberg 1998.

Ziele auch im Abgleich mit flexiblen Instrumenten zu definieren. In diesem Kontext stellt sich dann auch die Frage, ob eine Grobsteuerung über die Inputseite (siehe dazu STRÖBELE, S. 182 ff.), die Detailsteuerung bei einzelnen Produktionsprozessen (Emissionen) oder die Grobsteuerung der Abfallströme, bzw. eine intelligente Kombination angezeigt ist. Solche hierarchisch aufgebaute Zielsysteme sind eine ganz entscheidende - in der Diskussion aber bisher vernachlässigte - Voraussetzung für die Identifizierung von Einsatzfeldern für Zertifikate/Lizenzen. Letztlich geht es um die Entwicklung eines instrumentellen Pendantes zur nachhaltigen Entwicklung.

Insgesamt sucht man in dem vorliegenden Reader vergeblich nach der langfristigen Perspektive für nachhaltige Lenkungssysteme. Es gibt eben nach wie vor keine Theorie der Umweltpolitik und keine „preanalytic vision“ für die ökologische Marktwirtschaft. Aus einer bloß punktuellen Instrumentendiskussion, die sich einerseits am Ordnungsrecht orientiert und gleichzeitig reibt und sich andererseits im „policy mix“ verfängt, kann keine Message mit politischem Drive hervorgehen. Aber von solchen Entwürfen ist die Diskussion noch weit entfernt, zumal selbst „ordnungspolitische Grundfragen einer Politik der Nachhaltigkeit“ überhaupt erst auf die Tagesordnung gekommen sind, nachdem die Ministerialverwaltung dafür entsprechende Studien konzipiert und pretiale Anreize gesetzt hatte.

Dr. Gerhard Maier-Rigaud

Institute for Advanced Speculative Knowledge (IASK),
Bonn

BOARD OF SUSTAINABLE DEVELOPMENT: Our Common Journey. A Transition Toward Sustainability. Washington D.C.: National Academy Press 1999. 360 S. 49,95 \$ ISBN: 0-309-06783-9.1

In den Niederlanden, in Dänemark und anderswo hat es um das Thema Nachhaltigkeit beziehungsweise zukunftsfähige Entwicklung (*sustainable development*) interessante Diskussionsforen gegeben. Nun aber ist auch über einen Versuch in den USA zu berichten. Unter dem assoziativen Titel: *Our Common Journey. A Transition Toward Sustainability* hat der Nationale Forschungsrat einen Bericht moderater Länge, erheblicher Anstrengung und weitreichender Absicht herausgegeben. Mit dem Titel wird ganz bewußt an den epochalen Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung von 1987 angeknüpft (*Our Common Future*), und in längeren Passagen werden die damaligen fundamentalen Fragen wieder aufgegriffen und zu beantworten versucht.

Der Aufwand und das Engagement müssen enorm gewesen sein: Vier Jahre lang haben die 25 Mitglieder des Nachhaltigkeitsrates (*Board on Sustainable Development*) beim US-amerikanischen Forschungsrat (*National Research Council*), Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen, darüber diskutiert, wie wir, die Amerikaner und die Weltbürger insgesamt, auf den Weg der Nachhaltigen Entwicklung gebracht werden können. Dazu wurden 375 vorliegende Berichte des NRC und hunderte andere wichtige Quellen ausgewertet, Workshops veranstaltet und die Zwischenergebnisse auf Symposien der Öffentlichkeit vorgestellt. Nun also liegt auch der Endbericht als Buch vor. Anlaß genug für eine breitere Diskussion.

Der Bericht unternimmt den Versuch, die strategischen Beziehungen zwischen wissenschaftlicher Forschung, technischer Entwicklung und gesellschaftlichen Langfristinteressen zu re-aktivieren. Hierzu sollen die kritischen ökologischen Herausforderungen und die ökonomischen und sozialen Potentiale in Verbindung gebracht werden. Drei Begriffe spielen dabei eine zentrale Rolle: Übergang zur Nachhaltigkeit (*transition*), Reise (*journey*) und Steuerung (*navigation*). Nachhaltigkeit ist demnach kein Endprodukt, sondern ein Prozeß. Viele, alle müssen sich auf die Reise begeben. Und dabei kommt es auf eine gute, verlässliche Steuerungskapazität an.

Der Rat ist der Auffassung (erster Teil des Berichts), dass die primären Ziele des Übergangs zur Nachhaltigkeit in den nächsten beiden Generationen darin bestehen sollten, die Grundbedürfnisse der bis dahin weit höheren (verdoppelten?) Weltbevölkerung zu befriedigen, die lebenserhaltenden planetarischen Systeme zu sichern und Hunger und Armut zu beseitigen. Diesen (hohen) Zielen stehen mächtige kontraintuitive Trends entgegen: Urbanisierung, Wohlstandsdisparitäten, verschwenderischer Konsum, Machtverschiebungen im Gefolge der Globalisierung der Ökonomie. Doch selbst die alarmierendsten Trends können einen Übergang erfahren - ein starker, aber auch naiver Teil des Berichts.